

# Erfolgreicher Fastenstreik gegen Narmada-Staudämme

von Rainer Hörig

In der Bruthitze des indischen Sommers hängt das Überleben vor allem von einem ab: vom Wasser. Das wußten die mehr als 500 Dorfbewohner aus dem Tal des Narmada-Flusses, die sich Anfang April in Bhopal, der Landeshauptstadt von Madhya Pradesh zum Sitzstreik versammelt hatten, nur zu genau. Des Wassers wegen harrten sie fast vier Wochen lang bei 40 Grad im Schatten vor dem Parlamentsgebäude aus. Wasser allein hielt jene sieben Demonstranten am Leben, die mit einem Fastenstreik den Druck auf die Regierung verstärkten. Ein Versuch der Polizei, den Protest gewaltsam zu beenden, mißlang. Die Hungerstreiker gingen in den Untergrund, setzten ihre Aktion aber fort.

Nach 21 Tagen des Fastens, nach mehreren Verhandlungsrunden zwischen Politikern und der Protestbewegung 'Narmada Bachao Andolan' (NBA), gab die Landesregierung schließlich nach. Sie erließ Anordnungen, die Bauarbeiten an den Staudammprojekten Narmada Sagar, Maan und Jobat sofort anzuhalten. Sie versprach, das Rehabilitationsprogramm für die vor über zehn Jahren durch den Bau des Bargi-Dammes heimatlos gewordenen Bauern vom Adivasi-Volk der Gond endlich umzusetzen. Anstelle der Dammprojekte Lower Goi und Upper Veda wollen Regierung und NBA gemeinsam kleinräumige Bewässerungs-

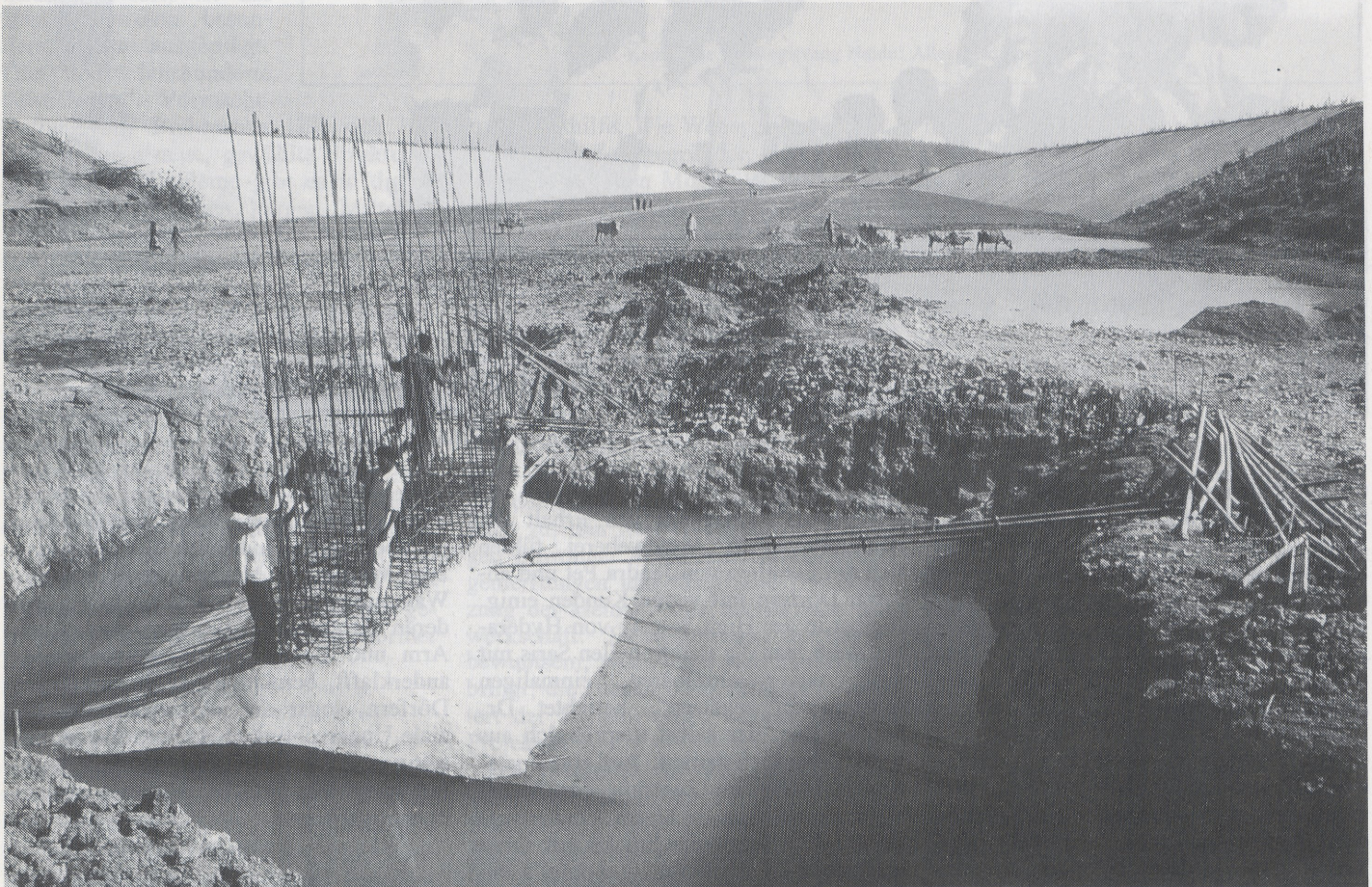
projekte durchführen. "Ein großartiger Sieg," kommentierte NBA-Sprecher Alok Agarwal, "bleibt nur zu hoffen, daß die Regierung diesmal Wort hält."

Im Falle des unter Beteiligung deutscher Firmen geplanten Staudammes bei Maheshwar blieb die Regierung allerdings hart. Doch hier konnte die deutsche Umweltschutzgruppe 'Urgewald' erfolgreich intervenieren: noch während des Fastenstreiks in Bhopal erklärten die Stromkonzerne Bayernwerk und VEW-Energie, auf ihre geplanten Kapitalbeteiligungen am Maheshwar-Projekt zu verzichten. "Wir sind nicht mehr an dem Projekt beteiligt und beabsichtigen auch

nicht, uns in Zukunft daran zu beteiligen," erklärte VEW-Vorstandssprecher Dr. Joachim Adams. Ohne die deutschen Gelder wird der indische Textilfabrikant S. Kumars den rund eine halbe Milliarde Dollar teuren Dammbau wohl kaum realisieren können.

## Das Narmada-Projekt - Ein entwicklungs-politisches Desaster

Seit mehr als zehn Jahren tobt die Debatte über Pläne der Regierung, den Narmada-Fluß in Zentralindien durch 30 Großdämme und tausende kleinerer Wehre aufzustauen, um Wasser für die



Der Hauptkanal des Narmada-Projektes in Gujarat (Fotos: Rainer Hörig)





Adivasi vom Volk der Gond protestieren für eine gerechte Entschädigung

Landwirtschaft und zur Erzeugung elektrischer Energie zu gewinnen. Das milliardenschwere Bauvorhaben würde den von Hindus als heilig verehrten Fluß in eine Kette von Stauseen verwandeln. Die ökologische Balance einer ganzen Region würde nachhaltig gestört, mehr als eine Million Menschen verlören Haus und Hof. Angesichts der Erfahrungen mit tausenden großer Staudambauten in Indien müssen die Betroffenen befürchten, nach dem Verlust ihrer Lebensgrundlagen ins wirtschaftliche und soziale Elend abzustürzen. Hindu-Bauern und Ureinwohner haben sich in der 'Bewegung zur Rettung der Narmada' ('Narmada Bachao Andolan') zusammengeschlossen und wehren sich gegen die "nasse Vertreibung". "Die Millionen durch Entwicklungsprojekte in Indien Vertriebenen sind nichts anderes als Flüchtlinge in einem nicht erklärten Krieg," schreibt die preisgekrönte Schriftstellerin Arundhati Roy in einem jüngst publizierten Essay über das Narmada-Projekt. "Und wir, wir geben wie die Bürger des weißen Amerika, von Französisch-Kanada oder von Hitlerdeutschland unser stillschweigendes Einverständnis, indem wir wegschauen. Warum? Weil man uns gesagt hat, daß alles für das Gemeinwohl der Nation geschieht. Daß dies im Namen des Fortschritts getan werden muß, im Namen

des nationalen Interesses, das natürlich über allem steht. Daher glauben wir ohne zu Hinterfragen, fast schon erleichtert, was man uns sagt. Wir glauben, daß es besser ist, zu glauben."

Zu Beginn der neunziger Jahre fanden die Proteste gegen die Narmada-Staudämme ein weltweites Echo und zwangen die Weltbank, die Finanzierung des Kernstückes des Narmada-Projekts, des auf 162 m Höhe projektierten 'Sardar Sarovar'-Dammes einzustellen. Zwei Jahre später verfügte das oberste indische Gericht einen Baustop, weil die Behörden keinen umfassenden Umsiedlungsplan für die mehr als 100.000 Betroffenen vorlegen konnten. Im vergangenen Februar wurde der Fall weiter verhandelt. Die Richter gestatteten die Erhöhung der Staumauer um fünf Meter unter der Bedingung, daß die dadurch von Überflutung bedrohten Dorfbewohner zuvor umgesiedelt würden. Daraufhin schickte die 'Narmada Bachao Andolan' Gutachter in die für die Umsiedlung ausgewiesenen Gebiete, um das verfügbare Land zu vermessen. Schließlich mußten selbst die lokalen Behörden eingestehen, daß dort nur kleine, versprengte Flächen bebaubaren Landes zur Verfügung stehen. Anfang April zogen tausende von Betroffenen in die Hauptstadt Delhi, um die Richter zur Rücknahme der Baugenehmigung zu bewe-

gen. Doch die Gegenseite wirft schwerwiegende Argumente in die Waagschale, die das Gemeinwohl der Nation in den Vordergrund stellen. Arundhati Roy hält dagegen: "Großstaudämme besitzen für die Entwicklung der Nation dieselbe Bedeutung wie Atombomben für ihr militärisches Arsenal. Beide sind Massenvernichtungswaffen... Sie stehen stellvertretend für die Abnabelung der Verbindung, nicht nur der Verbindung, sondern des Verständnisses, zwischen den Menschen und dem Planeten, auf dem sie leben."

#### Deutsche Firmen bauen den Maheshwar-Staudamm

Vor zwei Jahren begannen die Bauarbeiten für den Maheshwar-Damm nahe der gleichnamigen Stadt am Mittellauf der Narmada. Eine 30 Meter hohe Barriere soll hier den Fluß auf einer Länge von 40 Kilometer aufstauen. Von der Überflutung wären 61 Dörfer ganz oder teilweise betroffen, mehr als 20.000 Menschen müßten offiziellen Angaben zufolge umgesiedelt werden. "Wir werden alles verlieren, unsere Äcker, Häuser, unsere Kultur, ja unser ganzes Leben steht auf dem Spiel," klagt der Bauer Ramesh Singh Sengar im Dorf Jalud, etwa einen Kilometer vom Bauplatz entfernt. "Natürlich werden wir alles



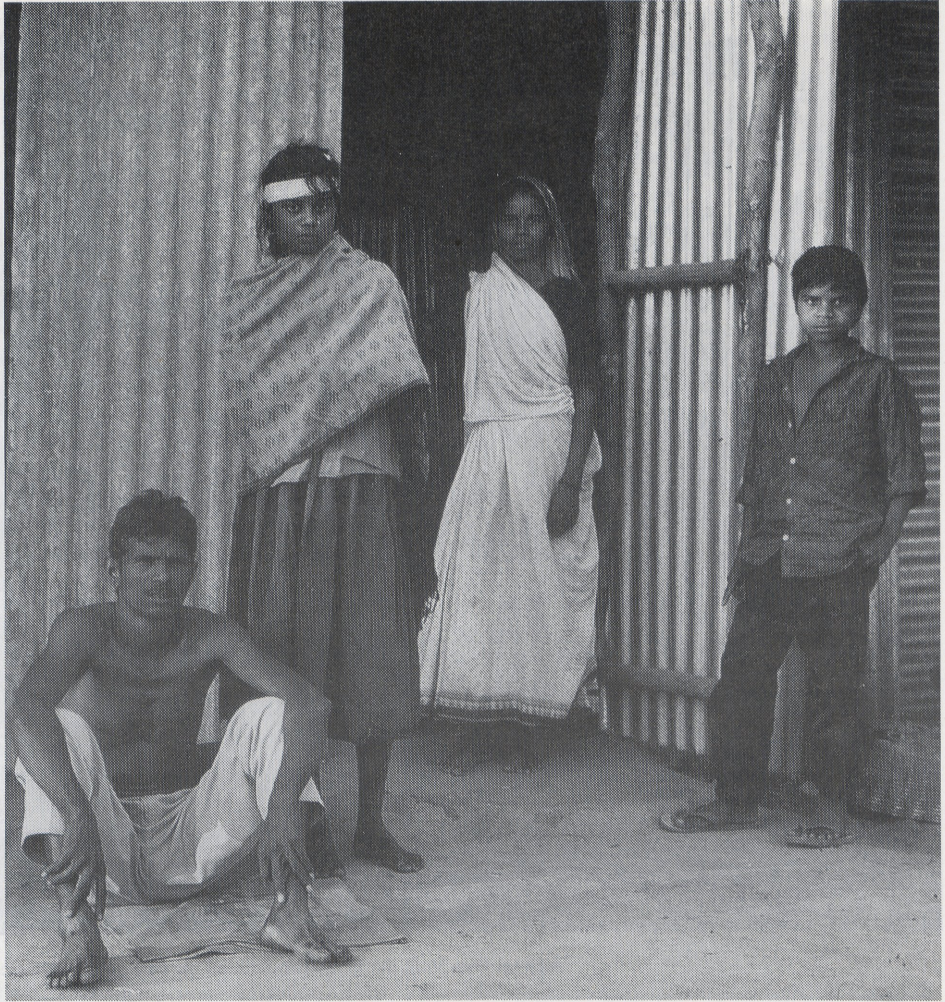
tun, um den Staudamm zu verhindern!" Sengar erinnert an die Erfahrungen seines Nachbarn Narayan Phattu, dessen Ackerland 1995 in einer Nacht- und Nebelaktion enteignet wurde und der sich heute als Landarbeiter durchschlagen muß.

In Maheshwar übertrug die Regierung zum erstenmal einer Privatfirma die Verantwortung für ein großes Staudammprojekt, dem Textilfabrikanten S. Kumars. Der schloß 1998 Vorverträge mit mehreren deutschen Firmen ab. Siemens soll die Turbinen für das Kraftwerk installieren, die Stromkonzerne Bayernwerk und VEW-Energie wollen eine Kapitalbeteiligung erwerben. Der schweizer Kraftwerksbauer ABB wurde für die Stahlbauarbeiten verpflichtet. Als Finanzier ist die HypoVereinsbank im Gespräch.

Ist den deutschen Managern nicht bewußt gewesen, welche sozialen und ökologischen Konflikte mit dem Bau großer Staudämme in einem dichtbesiedelten Land wie Indien verbunden sind? Fünfmal schon besetzten Anwohner den Bauplatz bei Maheshwar und erzwangen vorübergehend die Einstellung der Arbeiten. Um die Proteste zu entschärfen, richtete die Landesregierung von Madhya Pradesh eine Kommission ein, in der Vertreter der Behörden und der Protestbewegung zusammen mit unabhängigen Experten nach Lösungen und Alternativen suchten. "Die Kommission empfiehlt, die folgenden Maßnahmen zu ergreifen, bevor die Fortführung der Bauarbeiten ins Auge gefaßt wird," heißt es in ihrem im Oktober 1998 vorgelegten Abschlußbericht. Als wichtigste Bedingungen werden genannt: eine Studie über die Machbarkeit der Umsiedlung per se, Erarbeitung eines neuen und umfassenden Rehabilitationsplanes unter Mitwirkung der Betroffenen und schließlich eine neue Kosten-Nutzen-Analyse, die die Mehrbelastung durch neue Umsiedlungsprogramme berücksichtigt.

Doch unter dem Druck der Bauherren verschwand der Kommissionsbericht in amtlichen Schubladen. Die Regierung erteilte den Firmen die Genehmigung zum Weiterbauen. Die Demonstranten fühlen sich betrogen. Nachdem auch der Sitz- und Hungerstreik in Bhopal keine Verbesserung für die vom Maheshwar-Projekt Betroffenen erbrachte, wollen sie nun ihre Proteste vor Ort intensivieren.

Auch in Deutschland schlägt der Protest gegen das Maheshwar-Projekt Wellen. Auf Einladung der 'Narmada Bachao Andolan' hielt sich im vergangenen Dezember Heffa Schücking, Gründerin der deutschen Umweltschutzgruppe 'Urgewald', im Projektgebiet auf. Sie besichtigte die Baustelle und führte Gespräche mit zahlreichen Anwohnern, mit Vertretern der Behörden und der Firma



Umsiedler aus dem Narmada-Tal in einer Blechsiedlung nahe der Stadt Baroda im Bundesstaat Gujarat

S. Kumars. Die Firmenleitung präsentierte rund 50 Dorfbewohner, die ihr Land "freiwillig" der Staudammgesellschaft überschrieben hatten. Auf Nachfrage erfuhr Heffa Schücking jedoch, daß die Bauern lückenhafte Verträge und nur zehn Prozent des Kaufpreises erhalten hatten.

Beim Besuch des Dorfes Samraj, wo die Regierung den Umsiedlern Ersatzland anbietet, stellte sich heraus, daß das dafür vorgesehene Ödland von den Dorfbewohnern als gemeinschaftliche Viehweide genutzt wird. Im April 1998 hatten die Behörden, ohne die Betroffenen zu hören, aber unter dem Schutz einer Polizeistaffel die Fläche umpflügen und planieren lassen. "Wie sollen wir nun unseren Lebensunterhalt bestreiten? Sollen wir etwa Steine essen?" wettet eine der Betroffenen, die 60-jährige Witwe Anokhibai. Heffa Schücking bilanziert ihre Untersuchungen: "Dieses Projekt kann nicht sozialverträglich durchgeführt werden."

Nach dem Rückzug einiger der beteiligten deutschen Firmen sucht der indische Bauherr nun nach neuen Partnern. Als potentieller Kaptialeigner käme die bereits ins Projekt eingebundene schweidisch-schweizerische Firma ABB infra-

ge. Die schweizer Entwicklungsorganisation 'Erklärung von Bern' fand heraus, daß auf einem Teil der von Überflutung bedrohten Ackerflächen bei Maheshwar Bio-Baumwolle für einen schweizer Textilfabrikanten angebaut wird und forderte den Konzern ABB auf, sich aus dem Staudammprojekt zurückzuziehen.

Wenn im Juni die Monsunregen einsetzen, wird die Narmada aufgrund der Staudammbauten auf weite Strecken hin über die Ufer treten und eine Reihe von Dörfern überfluten. Viele der Bewohner wollen aber aus Protest ihre Häuser nicht verlassen und lieber untergehen, als sich vertreiben lassen. Der Konflikt am Narmada-Fluß steuert einer neuen Konfrontation entgegen. "Der Kampf um das Narmada-Tal ist nicht nur ein exotischer Krieg von Eingeborenen, nicht einmal ein exklusiv indischer Kampf. Es ist ein Kampf für die Flüsse und die Berge und die Wälder der Welt," stellt die Schriftstellerin Arundhati Roy fest.